

Winkler-Büttner, Diana

Article — Digitized Version

Bevölkerungsrückgang und Arbeitskräfteangebot

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Winkler-Büttner, Diana (1985) : Bevölkerungsrückgang und Arbeitskräfteangebot, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 5, pp. 253-258

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136042>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Bevölkerungsrückgang und Arbeitskräfteangebot

Diana Winkler-Büttner, Hamburg

Im Gefolge des Geburtenrückgangs schrumpft seit 1975 die Einwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland. Mit dem Bevölkerungsrückgang gehen langfristig einschneidende Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung einher. Welche Konsequenzen werden diese Entwicklungen für das Erwerbspersonenpotential und den Arbeitsmarkt haben? Wie werden die gesamtwirtschaftliche Produktivität und Flexibilität beeinflusst werden?

Die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2000 läßt sich relativ gut vorhersehen. Nach offiziellen Berechnungen wird die Bevölkerung zwischen 1985 und 2000 um 1,9 Mill. von 61 auf 59,1 Mill. abnehmen. (vgl. Tabelle 1)¹. Bleibt die Geburtenzahl auch nach dem Jahre 2000 weiterhin niedrig und ändern sich die Sterblichkeits- und Wanderungsverhältnisse künftig nicht entscheidend, dann werden im Jahre 2030 voraussichtlich weniger als 46 Mill. Menschen in der Bundesrepublik leben. Der beschleunigte Bevölkerungsrückgang im nächsten Jahrtausend ist im wesentlichen auf die rasch abnehmende Zahl deutscher Staatsbürger zurückzuführen; wahrscheinlich wird sie zwischen den Jahren 2000 und 2030 von 52 auf 38 Mill. Personen sinken². Aber bereits bis zum Jahre 2000 geht die schrumpfende Bevölkerungszahl hauptsächlich zu Lasten der deutschen Bevölkerung; zwischen 1980 und 2000 sinkt sie um etwa 5 Mill.

Als unwahrscheinlich gilt, daß der Geburtenrückgang durch den Einsatz staatlicher Maßnahmen in einen Geburtenüberschuß umgewandelt werden kann³. Schließlich handelt es sich bei dem Geburtenrückgang um eine längerfristige Entwicklung, die nicht allein in der Bundesrepublik, sondern in allen westlichen Industrieländern zu beobachten ist⁴. Sie setzte bereits im letzten Jahrhundert ein und hat sich in der Bundesrepublik seit Mitte der sechziger Jahre verstärkt, wobei sie zeitweise von sich fortpflanzenden Wellenbewegungen und Ausschlägen (z. B. Kriegsfolgen, geburtenstarke Jahrgänge) überlagert wird.

Diana Winkler-Büttner, Dipl.-Volkswirtin, ist Referentin in der Forschungsgruppe Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Seit Ende der sechziger Jahre ist die Nettoerzeugungsrate⁵ in allen westlichen Staaten unter eins gerutscht; die Bundesrepublik weist mit einem Wert von gegenwärtig etwa 0,63 jedoch die im internationalen Vergleich niedrigste Rate auf. Die Probleme einer schrumpfenden Bevölkerung, für die es in der bisherigen Geschichte industrialisierter Staaten kein Beispiel gibt, treten daher hier besonders deutlich zutage. Im folgenden werden die Konsequenzen untersucht, die die Bevölkerungsentwicklung für den Arbeitsmarkt mit sich bringt. Insbesondere die Veränderungen im Arbeitskräfteangebot im Zuge des Bevölkerungsrückgangs werden Anpassungsprozesse am Arbeitsmarkt unvermeidlich machen.

Erwerbspersonenpotential

Eine parallele Entwicklung von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot ist nicht unbedingt zu erwarten. Die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials wird hauptsächlich von zwei Faktoren bestimmt:

¹ Die Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes unterstellt: Für die deutsche Bevölkerung die Geburtenhäufigkeit von 1978, die Sterblichkeitsverhältnisse in den Jahren 1976/78, einen ausgeglichenen Wanderungssaldo; für die ausländische Bevölkerung eine sinkende Geburtenhäufigkeit von 1979 bis zum Jahre 2000, eine Annäherung an die Sterblichkeitsverhältnisse der deutschen Bevölkerung, einen jährlichen Zuwanderungsüberschuß von 55 000 mit Ausnahme des Zeitraums 1988-92 (85 000). Ein Vergleich verschiedener Bevölkerungsprognosen zeigt, daß gerade in der Entwicklung der ausländischen Bevölkerung aufgrund der unterschiedlichen Einschätzung ihres Wanderungsverhaltens Differenzen existieren.

² Vgl. Deutscher Bundestag, Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil: Analyse der bisherigen Bevölkerungsentwicklung und Modellrechnungen zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung, BT-Drucksache 8/4437 vom 8. 8. 1980, S. 45.

³ Vgl. C. Höhn, K. Schwarz: Demographische Lage, in: Bericht eines Arbeitskreises der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt, Bevölkerungsentwicklung und nachwachsende Generation, Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Bd. 93, Bonn 1980, S. 42.

- der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) und
- den alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten (vgl. Tabelle 2).

Nach 1975, dem Jahr, in dem die Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik erstmals sank, stieg das Erwerbspersonenpotential noch. Auch zwischen 1985 und 1990 wird bei bereits rückläufiger Bevölkerungszahl das Erwerbspersonenpotential noch um 270 000 Personen zunehmen, anschließend jedoch bis zum Jahre 2000 um rund 1,5 Mill. Erwerbspersonen sinken (vgl. Tabelle 1). Nach 1990 nimmt das Erwerbspersonenpotential sogar stärker als die Bevölkerung ab. Diese Veränderungen sind allerdings rein demographisch bedingt, da die Prognose des Erwerbspersonenpotentials auf konstanten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten beruht⁶.

Problematisch wird der Bevölkerungsrückgang vor allem durch die damit einhergehende Veränderung der Bevölkerungsstruktur. In den kommenden Jahrzehnten

befindet sich die Bundesrepublik in einer Übergangsphase zu einer Gesellschaft mit einem niedrigen Anteil junger und einem hohen Anteil alter Menschen (vgl. Tabelle 3). Die Bevölkerungspyramide verwandelt sich in einen Bevölkerungspilz⁷. Bereits zwischen 1985 und 2000 steigt der Anteil der über 60jährigen von 19,7 % auf 22,1 %; im Jahre 2030 wird er vermutlich 33 % betragen. Demgegenüber sinkt der Anteil der unter 20jährigen zwischen 1985 und 2000 von 23,8 % auf 21 %; im Jahre 2030 beträgt er voraussichtlich nur noch 17 %. Dadurch entsteht ein zusätzlicher Anpassungsdruck am Arbeitsmarkt, der auch Risiken für das gesamtwirtschaftliche Wachstum in sich birgt.

Engpässe am Arbeitsmarkt?

Trotz der schrumpfenden Bevölkerung sind zumindest bis zum Jahre 2000 keine quantitativen Engpässe am Arbeitsmarkt zu erwarten, da genügend Arbeitskräftereserven vorhanden sind. Neben der großen Zahl von Arbeitslosen steht dem Arbeitsmarkt eine hohe Anzahl von Personen zur Verfügung, die sich momentan entmutigt vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, aber

⁴ Vgl. Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 8/4437, a.a.O., S. 30 ff.; B. F e l d e r : Wirtschaftliche Entwicklung bei schrumpfender Bevölkerung, Berlin, Heidelberg, New York, Tokio 1983, S. 5f.; W. K l a u d e r : Die Bedeutung des Bevölkerungsrückgangs für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Politik, in: MittAB 4/80, S. 486.

⁵ Der Nettoerzeugungsrate liegt die Fragestellung zugrunde, ob die derzeit lebenden Frauen so viele Mädchen zur Welt bringen, daß diese ihre Mütter in der nächsten Generation zahlenmäßig ersetzen können. Eine Nettoerzeugungsrate von 1 bedeutet damit, daß die Zahl der Bevölkerung konstant bleibt. Vgl. Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 8/4437, a.a.O., S. 13.

⁶ Die neueste Schätzung über die künftige Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials bis zum Jahre 2000 hat gerade das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung veröffentlicht. Dabei werden neben der demographisch bedingten Veränderung des Erwerbspersonenpotentials drei weitere alternative Entwicklungen vorgestellt, die insbesondere bei den Frauen von unterschiedlichen Erwerbsneigungen ausgehen. Vgl. W. K l a u d e r , P. S c h n u r , M. T h o n : Arbeitsmarktperspektiven der 80er und 90er Jahre, in: MittAB 1/85.

⁷ Vgl. J. S c h m i d : Bevölkerungsveränderungen in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1985, S. 50.

Tabelle 1
Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen 1985 bis 2000

	Absolute Veränderungen - in Tsd. -			Durchschnittliche jährliche Veränderungen - in % -		
	1985/90	1990/95	1995/2000	1985/90	1990/95	1995/2000
Bevölkerung¹						
unter 20	-1679	- 266	- 166	-2,4	-0,4	-0,3
20 - 29	481	-1597	-2038	1,0	-3,3	-5,1
30 - 39	826	994	478	2,0	2,1	0,9
40 - 49	-1018	- 201	805	-2,3	-0,5	1,9
50 - 59	835	548	- 964	2,2	1,3	-2,3
60 und älter	143	31	879	0,2	0,1	1,4
Insgesamt	- 412	- 490	-1006	-0,1	-0,2	-0,3
Erwerbspersonen²						
unter 20	-660	- 248	47	-6,6	-3,3	0,7
20 - 29	366	-1226	-1566	0,9	-3,3	-5,1
30 - 39	647	784	364	2,0	2,2	0,9
40 - 49	-783	- 150	620	-2,4	-0,5	2,0
50 - 59	638	295	- 653	2,6	1,1	-2,4
60 - 64	64	4	232	1,5	0,1	4,6
Insgesamt	272	- 541	- 956	0,2	-0,4	-0,7

¹ Vgl. Fußnote 1 im Text. ² Demographisch bedingte Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen bei konstanten alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten des Jahres 1980.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

an einer Arbeitsaufnahme prinzipiell interessiert sind (Stille Reserve)⁸.

Sollte nach einem Ausschöpfen dieses Reservoirs in den 90er Jahren Arbeitsknappheit eintreten, so könnten bestehende Hemmnisse, die die Aufnahme einer Tätigkeit erschweren, abgebaut und bisher gültige, aber befristete Regelungen zur Verminderung der Lebensarbeitszeit aufgehoben werden. Nach Berechnungen der Bundesregierung wäre in den 90er Jahren eine Zunahme des Arbeitskräfteangebots um etwa 1,7 Mill. Erwerbspersonen möglich, wenn

- die Erwerbsbeteiligung der Frauen um die gleiche Prozentzahl anstiege wie zwischen 1970 und 1980 (0,9 Mill.),
- die Erwerbsquote der Männer wieder das Niveau des Jahres 1970 erreichen würde (0,3 Mill.),
- die Zahl der über 60jährigen Erwerbstätigen um die Hälfte dessen zunähme, um das sie seit 1970 gesunken ist (0,5 Mill.)⁹.

Insbesondere die Frauenerwerbsbeteiligung dürfte wohl weiter ansteigen. Die Erwerbsquote der Frauen nimmt bereits seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich zu; bei den verheirateten Frauen und den Frauen mittleren Alters setzte dieser Prozeß bereits früher ein. Für eine weitere Zunahme der Erwerbsquote der Frauen spricht, daß sich aufgrund der niedrigeren Kinderzahl pro Familie die Lebensphase für die Kinderbetreuung

⁸ Nach neueren Berechnungen des IAB betrug die Zahl der Personen, die der Stillen Reserve zuzurechnen sind, im Jahr 1982 fast eine Million. Vgl. M. T h o n : Neuberechnung des Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1974-1982, in: MittAB 4/84, S. 441 ff.

⁹ Vgl. z. B. Deutscher Bundestag: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil: Auswirkungen auf die verschiedenen Bereiche von Staat und Gesellschaft, BT-Drucksache 10/863 vom 5. 1. 1984.

verkürzt, so daß Frauen früher in den Beruf zurückkehren können bzw. ihn erst gar nicht aufgeben. Die große Zahl der teilzeitarbeitsuchenden Frauen bestätigt, daß Frauen danach streben, die häusliche Tätigkeit mit einer Berufstätigkeit zu kombinieren. Auch die höheren Erwerbsquoten in anderen Ländern (USA, Schweden) im Vergleich zur Bundesrepublik zeigen, daß eine Eingliederung der Frauen in das Erwerbsleben in einem höheren Maße als bisher durchaus möglich ist.

Verminderte Mobilität

Durch die veränderte Bevölkerungsstruktur wird sich künftig das Mobilitätspotential verringern. Im nächsten Jahrzehnt nimmt die Zahl der Berufsanfänger ab, und weniger Berufstätige werden aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Die zweite Entwicklung wird bei Wegfall der Vorruhestandsregelung durch den dann späteren Rentenbezug noch verstärkt werden. Der Mobilitätsbedarf kann damit nicht mehr in gleichem Umfang wie bisher durch die natürliche Fluktuation bewältigt werden. Hinzu kommt, daß bis zum Ende des Jahrhunderts die Zahl der Erwerbspersonen in den mittleren Altersgruppen ansteigt, deren Mobilität als relativ gering bekannt ist. Untersuchungen haben gezeigt, daß es bereits in der Altersgruppe der 30- bis 39jährigen zu einer deutlichen Abnahme der Bereitschaft kommt, den Arbeitsplatz zu wechseln¹⁰.

Außerdem führt die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit zu einer steigenden Zahl von Haushalten mit Doppelverdienern, deren räumliche Mobilität im allgemeinen besonders eingeschränkt ist. Überdies nimmt

¹⁰ Vgl. z. B. H. H o f b a u e r : Materialien zur Situation älterer Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, in: MittAB 2/82, S. 101; B. L u t z , W. S e n g e n b e r g e r : Arbeitsmarktstrukturen und öffentliche Arbeitsmarktpolitik, Göttingen 1974, S. 32.

Tabelle 2
Erwerbsquoten¹ nach Geschlecht und Alter

Altersgruppen von ... bis ... Jahre	Männer			Frauen		
	1970	1980	1983	1970	1980	1983
15-19	54,7	48,5	46,1	53,6	41,4	38,6
20-24	82,9	82,0	80,1	69,8	71,1	70,5
25-29	92,6	90,2	87,7	51,1	62,5	63,5
30-34	98,4	97,3	95,7	45,4	56,2	58,4
35-39	98,8	98,3	96,7	46,2	55,4	59,3
40-44	98,5	98,1	97,5	48,4	54,9	58,1
45-49	96,8	96,8	96,3	48,9	52,2	55,2
50-54	95,1	93,3	93,0	44,8	47,1	47,8
55-59	89,1	82,3	81,0	37,2	38,7	40,1
60-64	74,7	44,2	40,1	22,5	13,0	12,5
Insgesamt (15-64)	88,2	84,4	82,0	46,3	50,2	50,7

¹ Anteil der Erwerbspersonen an der gesamten Wohnbevölkerung entsprechenden Alters und Geschlechts.
Quelle : Statistisches Bundesamt.

Tabelle 3
Struktur der Bevölkerung und der
Erwerbspersonen 1985 bis 2000
(in %)

Altersgruppen von...bis...Jahre	1985	1990	1995	2000
Bevölkerung¹				
unter 20	23,8	21,2	20,9	21,0
20 - 29	16,3	17,2	14,7	11,5
30 - 39	13,3	14,8	16,6	17,6
40 - 49	15,0	13,4	13,2	14,8
50 - 59	11,9	13,3	14,3	13,0
60 und älter	19,7	20,1	20,3	22,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Erwerbspersonen²				
unter 20	7,9	5,6	4,8	5,1
20 - 29	26,6	27,6	23,8	18,9
30 - 39	21,9	23,9	27,1	29,4
40 - 49	24,3	21,3	21,2	24,2
50 - 59	16,4	18,4	19,8	18,1
60 - 64	3,0	3,2	3,2	4,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

^{1,2} Siehe Tabelle 1.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ab, wodurch die regionale Mobilität insgesamt ebenfalls beeinträchtigt wird. Schließlich würde auch eine verstärkte Spezialisierung die Mobilität der Arbeitskräfte verringern, wenn die Kenntnisse stark an einzelne Branchen, Betriebe oder möglicherweise sogar an einen Arbeitsplatz gebunden sind.

Gelingt es nicht, die zu erwartende Verringerung der Mobilität aufzufangen, dann sind Hemmnisse beim notwendigen Strukturwandel nicht zu vermeiden. Maßnahmen zum Abbau der Faktoren, die die Mobilität behindern, sind deshalb dringend erforderlich. Insbesondere die Arbeitskräfte in den mittleren Altersgruppen werden zu einer höheren Flexibilität und Mobilität bereit sein müssen, da die Fluktuation und die hohe Mobilität der jungen Arbeitskräfte – insbesondere unmittelbar nach Abschluß der Berufsausbildung – aufgrund der abnehmenden Zahl der Jugendlichen an Bedeutung verlieren.

Der hohe Standard der Berufsausbildung in der Bundesrepublik im dualen System ist unbestritten und sicherlich ein Grund dafür, daß die Jugendarbeitslosigkeit hier weit geringer ist als in vielen anderen europäischen Ländern und den USA. Dieses Berufsausbildungssystem bringt allerdings die Tendenz zu einer frühzeitigen Spezialisierung der Arbeitskräfte mit sich, die die Suche nach einem Arbeitsplatz nach abgeschlossener Ausbildung erschweren kann. Im Rahmen der Neuregelung der Ausbildungsordnungen, die eine drastische Verrin-

gerung der Zahl der Ausbildungsberufe vorsieht, wird dem Erwerb allgemeiner beruflicher Kenntnisse der Vorrang eingeräumt. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Spezialisierung und Erweiterung der beruflichen Kenntnisse erfolgt später und hält das Berufsleben über an.

Weitere flexibilitätsschaffende Maßnahmen sind aber erforderlich. Zu berücksichtigen sind nicht allein solche Faktoren, die direkt mit dem Arbeitsplatz zusammenhängen und einen Arbeitswechsel häufig nicht lohnend erscheinen lassen, wie z. B. eine möglicherweise unzureichende Lohndifferenzierung nach Branchen oder Regionen oder der Wegfall betriebsgebundener Leistungen und anderer sozialer Besitzstände. Die Mobilität wird z. B. auch durch eine Wohnungspolitik eingeschränkt, bei der die Bildung von Wohneigentum zwar durch Abschreibungs- und Steuererleichterungen gefördert wird, diese finanziellen Vergünstigungen jedoch objektgebunden und zeitlich befristet sind und damit bei einem Wohnortwechsel wegfallen.

Überwindung der Spaltung

Zur möglichst hohen Ausschöpfung des langfristig abnehmenden Arbeitskräftepotentials scheint es erforderlich, daß die Tendenzen zur Spaltung des Arbeitsmarktes überwunden werden, die sich in den letzten Jahren herausgebildet haben: Während hochqualifizierte Arbeitskräfte über einen relativ sicheren Arbeitsplatz verfügen, wurden den übrigen Arbeitskräften häufig nur instabile Beschäftigungsverhältnisse angeboten. Betroffen davon sind in besonderem Maße Arbeitskräfte ohne berufliche Ausbildung, die auf Arbeitsplätzen mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt sind. Selbst wenn sie

Tabelle 4
Beschäftigte¹ nach
Berufsausbildungsabschluß im Jahre 1983
(in %)

Altersgruppen von...bis...Jahre	ohne abgeschlossene Berufsausbildung		mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
20 - 24	31,0	30,9	64,0	64,9
25 - 29	19,3	20,8	75,1	74,2
30 - 34	17,3	26,4	76,9	67,0
35 - 39	19,1	29,2	74,3	63,5
40 - 44	20,9	33,7	72,7	59,0
45 - 49	24,1	42,2	69,9	50,2
50 - 54	26,6	49,9	67,8	42,3
55 - 59	25,5	45,6	69,5	47,3
60 - 64	23,3	42,0	71,2	49,4

¹ Nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. ² Einsch. Abschluß an einer höheren Fach-, Fachhochschule, Hochschule, Universität. Beschäftigte „ohne Angabe“ sind nur in der Bezugsgröße berücksichtigt.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

häufig wieder einen Arbeitsplatz erhielten, so doch nicht die Chance zum Erwerb einer Qualifikation, die die Zugehörigkeit zum Betrieb möglicherweise verlängert hätte.

Infolge des Bevölkerungsrückgangs und des damit verbundenen Wandels der Altersstruktur beim Arbeitskräfteangebot wird der Anteil der Arbeitskräfte ohne berufliche Qualifikation immer geringer (vgl. Tabelle 4). Zum einen steigt der Anteil der beruflich Qualifizierten in den niedrigen und mittleren Altersgruppen weiter an. Zum anderen scheiden gleichzeitig die älteren Arbeitskräfte, bei denen der Anteil der beruflich Qualifizierten unterdurchschnittlich ist, aus dem Erwerbsleben aus. In der Übergangsphase ist die Anzahl der Arbeitskräfte ohne berufliche Ausbildung allerdings noch beträchtlich. Um möglichst viele Arbeitslose in den Arbeitsprozeß einzugliedern und um deren relativ hohe Mobilität und Flexibilität auszuschöpfen, sind besondere Anstrengungen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik erforderlich.

Positive Produktivitätseffekte

Auch zukünftig wird der Erhöhung des Qualifikationsniveaus in der Bundesrepublik große Bedeutung zukommen. Die Tendenz zur Höherqualifizierung wird weiterhin anhalten. Durch die Anhebung des Qualifikationsniveaus wird sich auch der Produktivitätsspielraum erweitern. Häufig wird befürchtet, daß mit der allmählichen Überalterung der Arbeitskräfte Produktivitätsspielräume eingeengt werden. Kurz- und mittelfristig gesehen gilt auch der bis 1990 anhaltende starke Zugang an jüngeren Arbeitskräften als produktivitätsmindernd¹¹.

Während der produktivitätsschwächende Effekt bei den Älteren mangelnder Mobilität und der fehlenden Bereitschaft oder Fähigkeit zur Fort- und Weiterbildung sowie dem Verharren in alten Denkschemata zugeschrieben wird, wird er bei den Jüngeren auf die mangelnde Erfahrung und Routine zurückgeführt. Produktivitätshemmend ist dabei vor allem die noch steigende Zahl der Jugendlichen, die eine Ausbildung durchlaufen wollen.

Bei den ausgebildeten jungen Arbeitskräften steht dem produktivitätsschwächenden Effekt der geringen Erfahrung jedoch der positive Effekt gegenüber, daß ihr Wissen jüngeren Datums ist und fortschrittliche Arbeitsmethoden mit umfaßt. Hinzu kommt, daß die jungen Arbeitskräfte heute in einem weitaus größeren Umfang eine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, als es bei den Älteren der Fall ist. Zwischen 80 und 90 % der heute neu auf den Arbeitsmarkt kommenden Jahrgänge haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Ein Zusammenhang zwischen der Produktivitätsentwicklung und der Altersstruktur ist nicht zwingend. Wenn jedoch – wie häufig angenommen – eine Arbeitskraft im Alter von 25 bis 45 Jahren ihr Produktivitätsmaximum erreichen sollte¹², so wären wegen der in der Bundesrepublik herrschenden Altersstruktur der Erwerbspersonen die Voraussetzungen für eine beschleunigte Produktivitätsentwicklung bis zum Jahre 2000 besonders günstig.

Flexible Arbeitszeiten

Der Anpassungsdruck bei den Arbeitskräften ließe sich über eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit mildern. Flexible Arbeitszeitregelungen nach den Wünschen von Arbeitnehmern und Unternehmen könnten die Eingliederung einer eventuell nicht unerheblich größeren Anzahl von Frauen, die eine Beschäftigung wünschen, und der in den kommenden Jahren noch auf den Arbeitsmarkt drängenden jungen Arbeitssuchenden erleichtern. Käme es über die Flexibilisierung der Arbeitszeit zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens, würde sich damit gleichzeitig der Wachstumsspielraum erweitern. Schließlich ist das Ziel einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung auch, den Spielraum zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu vergrößern.

In den letzten Jahren ist durch die Frühverrentung ein solcher Flexibilitätsspielraum nicht geschaffen worden. Da es nicht gelungen war, die ökonomischen Bedingungen für ein zusätzliches Arbeitsplatzangebot zu verbessern, ermöglichte das frühere Ausscheiden von älteren Arbeitnehmern vielen jungen Arbeitskräften und Frauen mittleren Alters überhaupt eine Beschäftigung. Dabei war es von Vorteil, daß ältere Männer vorzeitig vor allem aus dem warenproduzierenden Gewerbe ausschieden, in dem der überwiegende Teil der jungen Männer beruflich ausgebildet wird, und daß ältere Frauen hauptsächlich im Dienstleistungsbereich vorzeitig ihren Arbeitsplatz aufgaben.

Mit der Vereinbarung von Vorruhestandsregelungen durch die Tarifpartner soll auch für die kommenden Jahre der Arbeitsmarkt entlastet werden. Damit wird der Flexibilitätsspielraum des Beschäftigungssystems, den es durch die natürliche Fluktuation besitzt, vorzeitig verbraucht, denn auch ohne die verkürzte Lebensarbeitszeit im Rahmen von Frühverrentung und Vorruhestand käme es zu dieser Umschichtung zwischen Jüngeren und Älteren, nur zu einem späteren Zeitpunkt. Die Wirkung des Vorruhestands auf den Arbeitsmarkt besteht

¹¹ Vgl. Deutscher Bundestag: BT-Drucksache 10/862, a.a.O., S. 46 f.; B. Felderer, a.a.O., S. 106 ff.

¹² Vgl. z. B. B. Felderer, a.a.O., S. 115.

somit allein darin, daß der Anstieg der Erwerbspersonenzahl bei den Jugendlichen durch ein Absenken des Arbeitskräfteangebots bei den Älteren kompensiert wird.

Verlängerung der Vorruhestandsregelung?

Es ist abzusehen, daß es zu einer Diskussion über die Verlängerung des Vorruhestands über das Jahr 1988 hinaus kommen wird. Dazu trägt nicht nur die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit, sondern auch die Verschiebung der Altersstruktur bei den 50- bis 59jährigen Erwerbspersonen bei. Zwischen 1985 und 1990 nimmt die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 50 bis 54 Jahren demographisch bedingt um 0,9 Mill. zu und geht bis zum Jahre 2000 um fast 1 Mill. zurück, dagegen erfolgt bei den 55- bis 59jährigen ein Anstieg des Arbeitskräfteangebots zwischen 1990 und 1995 um nahezu 900 000 und bis zum Jahre 2000 nur ein Rückgang um gut 300 000 Personen.

Gegen eine Verlängerung der derzeitigen Vorruhestandsregelung spricht jedoch, daß wegen der sich wandelnden Altersstruktur allmählich die Vorteile der Vorruhestandsregelung, nämlich die Eingliederung der jungen Arbeitskräfte, entfallen. Sind außerdem die Arbeitskräfte, die künftig einen Arbeitsplatz suchen, nicht in der Lage, die qualifikatorischen Anforderungen der Unternehmen zu erfüllen, dann wird eine Ausweitung

der Vorruhestandsregelung über das Jahr 1988 hinaus den Anpassungsdruck am Arbeitsmarkt verstärken.

Schließlich zeigen die Finanzierungsprobleme der Alterssicherung schon heute, daß eine weiterhin andauernde frühzeitige Verrentung fatale Folgen für die Rentenversicherung und die zu erwartenden Nettoeinkommen der Erwerbstätigen hätte. Eine Fortführung der Vorruhestandsregelung wäre nicht finanzierbar.

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik steht auch in den achtziger und neunziger Jahren vor erheblichen Anpassungsproblemen. Mit dem allmählichen Rückgang der Zahl der Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen werden sich die Schwierigkeiten keineswegs auflösen; anders geartete Anpassungsprobleme werden den Ausgleich am Arbeitsmarkt erschweren. Allein durch die veränderten Altersstrukturen im Arbeitskräfteangebot wird von den Arbeitskräften ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft verlangt. Dazu kommt noch der Anpassungsbedarf, der durch den Strukturwandel der Arbeitsnachfrage entsteht.

Schon heute erscheint es daher als eine vorrangige Aufgabe, Hemmnisse, die die Schaffung von Arbeitsplätzen und den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren, zu beseitigen. Darüber hinaus sollten die Tarifpartner und der Gesetzgeber alle Maßnahmen abbauen bzw. unterlassen, die die Mobilitätsbereitschaft beeinträchtigen und den Anpassungsprozeß zusätzlich belasten.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG UND DES LANDESAMTES FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NORDRHEIN-WESTFALEN

NEUERSCHEINUNG

QUELLEN FÜR STATISTISCHE MARKTDATEN

– Führer durch die amtliche Statistik der Bundesrepublik Deutschland –

Der verläßliche „Führer durch das Angebot der amtlichen Statistik“, der vorwiegend, doch keineswegs allein der Marktforschung und dem Marketing dient, erscheint in neubearbeiteter Auflage eines 1976 revidierten Folgebandes des schon 1964 von Clodwig Kapferer initiierten Quellenwerkes. Das vorliegende Nachschlagewerk wurde nicht nur aktualisiert, sondern erheblich erweitert und von Grund auf neubearbeitet. Den umfassenden und problemorientierten „Daten(such)kompaß“ werden Planer und Wissenschaftler gern zur Hand nehmen. Ein Einführungsaufsatz behandelt praktische Zugangswege zur amtlichen Statistik, während die klar gegliederten Quellenhinweise Orientierungshilfen zur Beobachtung von Problemfeldern und Teilmärkten bieten. Das Handbuch erschließt Grundlagen für die alternative Entscheidungsfindung; seine Auswertung erleichtert eine branchenbezogene Beurteilung der Wettbewerbslage.

Großoktav, 203 Seiten, 1985, Preis brosch. DM 35,-

ISBN 3-87895-264-3

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G